

„DEM STAATE VERPFLICHTET“ – 100. GEBURTSTAG VON GERHARD SCHRÖDER

Einführung*

Hanns Jürgen Küsters

Am 11. September 2010 feiern wir den 100. Geburtstag von Gerhard Schröder. „Dem Staate verpflichtet“, unter dem Titel der Festgabe, die 1980 Bischof Hermann Kunst, Helmut Kohl und Peter Egen¹ zusammen dem Jubilar dedizierten, wollen wir heute an die Persönlichkeit und das politische Wirken eines Mitbegründers und einer herausragenden Persönlichkeit der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands erinnern, die über bald drei Jahrzehnte die Geschicke der Partei und der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltete: als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, in seinen Funktionen als Bundesministers des Innern, des Auswärtigen und der Verteidigung und als führender Vertreter der Protestanten in der Union.

16 Jahre lang war Gerhard Schröder Bundesminister, nur einer hat ihn in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Zahl der Amtsjahre übertroffen: Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher. Er ist der einzige, der wie Gerhard Schröder zunächst das Amt des Bundesministers des Innern und anschließend das Amt des Bundesaußenministers bekleidet hat.

Preußische Tugenden des Pflichtbewusstseins wie Nüchternheit, Verantwortungsethos und Loyalität zeichneten Gerhard Schröder aus. Bischof Kunst charakterisierte ihn als einen Menschen, der „in seinen Diagnosen, Urteilen und in seinem Handeln von einer schwer zu überbietenden Nüchternheit bestimmt“ war und die „Gabe und Aufgabe, Weite und Grenze eines säkularen Rechtsstaates“ kannte. „Der christliche Glaube ist die Quelle der Nüchternheit, weil er keine Spekulation über Gott als einer Wirklichkeit ausgeht. Diese Anerkennung der Realität Gottes ertüchtigt den Politiker, Realitäten der Welt überhaupt, als das Wesen der mit ihm oder gegen ihn agierenden Menschen und die jeweilige Situation mit Nüchternheit zu erkennen und entsprechend seinen Dienst zu gestalten. Die Nüchternheit des Christen weist sich aus durch Klarheit und Selbstbeherrschung. Eben dieses beobachten wir bei Gerhard Schröder bei der Wahrnehmung aller seiner Verantwortungen.“

* Einführungsvortrag anlässlich der Veranstaltung „Dem Staate verpflichtet“ zum 100. Geburtstag von Gerhard Schröder am 9. September 2010 im Wasserwerk Bonn.

1 Hermann Kunst/Helmut Kohl/Peter Egen (Hg.): Dem Staate verpflichtet. Stuttgart 1980.

Der in Saarbrücken als Sohn eines ostfriesischen Reichsbahnbeamten geborene Gerhard Schröder besuchte in Trier das humanistische Kaiser-Wilhelm-Gymnasium, studierte ab 1929 Jura, Philosophie und Geschichte an den Universitäten Königsberg, Edinburgh, Berlin und Bonn und legte 1932 sein Erstes Juristisches Staatsexamen ab. Politisch aktiv wurde er erstmals als Vertreter der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei im AStA der Bonner Universität. Dort wurde er auch 1933 mit einer Dissertation über das Tarifrecht zum Dr. jur. promoviert.² Das von den Nationalsozialisten 1933 erlassene Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums setzte bei Aufnahme in den Staatsdienst das aktive Eintreten für die nationalsozialistische Bewegung voraus. Somit trat Schröder 1933 der NSDAP bei und beantragte die Mitgliedschaft in der Sturmabteilung. Doch schon 1934 schloss sich der junge Assistent an der Juristischen Fakultät der Bonner Universität der Bekennenden Kirche an. Im selben Jahr wechselte er an das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Berlin, bestand dort 1936 das Zweite Juristische Staatsexamen und war zwei Jahre lang in einer Rechtsanwaltskanzlei tätig. Seine Distanzierung zur NSDAP wuchs auch aufgrund der Heirat mit der Bankierstochter Brigitte Landsberg, die wegen der Nürnberger Gesetze von 1935 als nicht hinreichend „rasse-rein“ galt. Nach erteilter Sondergenehmigung für die Heirat 1941 trat er aus der NSDAP aus, auch weil ihm als Soldat im Kriegsdienst die Beförderung zum Offizier verweigert wurde. Nach Kriegsende 1945 kam er für kurze Zeit in britische Kriegsgefangenschaft, wurde aber schon im Juni 1945 wieder entlassen.

Politische Erfahrungen sammelte er bald als persönlicher Referent von Hans Fuchs, dem damaligen Oberpräsidenten der Rhein-Provinz in Düsseldorf und ehemaligen Reichsminister. Damit begann sein politischer Aufstieg parallel zu seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt und Abteilungsleiter der Stahltruhändlervereinigung unter Heinrich Dinkelbach. In dieser Zeit knüpfte er enge Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen, die ihm auch späterhin nutzten. Konrad Adenauer wurde auf ihn aufmerksam und unterstützte 1947 seine Zuwahl in den Landesvorstand der rheinischen CDU. Adenauer hätte ihn gerne an der Seite von Hermann Pünder in der bizonalen Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt/Main gesehen, doch die Eisen- und Stahlindustrie schien vielversprechender zu sein. Die Direktwahl zum Abgeordneten des Wahlkreises Düsseldorf-Mettmann bei der

2 Ein gedrucktes Exemplar der Dissertation zum Thema „Die außerordentliche Kündigung von Tarifverträgen“ liegt nicht vor. Vgl. Torsten Oppelland: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002, S. 79f.

ersten Bundestagswahl 1949 bestimmte maßgeblich seinen Entschluss, auf bundespolitischer Ebene aktiv zu werden.

Im ersten Deutschen Bundestag wirkte Schröder an der Gesetzgebung für die Montan-Mitbestimmung mit. Trotz seines hohen Ansehens in der CDU/CSU-Fraktion verfügte Schröder eigentlich nie über eine eigene Hausmacht. Dennoch berief Bundeskanzler Adenauer ihn 1953 und 1957 in sein zweites und drittes Kabinett zum Bundesminister des Innern. Dort hatte Schröder turbulente Jahre zu überstehen. Ihm wurde wohl als erstem deutschem Politiker der Ruf eines „Law-and-order“-Manns zuteil, dessen Plädoyer für die Wiedereinführung der Todesstrafe nicht ungeteilte Zustimmung fand. Mit seiner Warnung, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion würde die innere Sicherheit der Bundesrepublik gefährden, stand er allerdings nicht alleine da. Angesichts heftiger Kontroversen über die Wahlrechtsreform mit der beabsichtigten Einführung des Mehrheitswahlrechts sowie die Affäre um den ersten Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, und dessen mysteriösen Aufenthalt in Ost-Berlin, nahm er Kritik gelassen hin. Weitere Streitpunkte waren in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre sein Widerstand gegen eine politische Amnestie westdeutscher Kommunisten nach dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil 1956, die Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung, die letztlich unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 1968 verabschiedet wurden, und die Rundfunkreform mit dem Ziel, ein Bundesfernsehen zu schaffen.

Aufgrund seiner Erfahrungen in der Weimarer Republik gehörten die wehrhafte Demokratie und demokratisches Staatsbewusstsein für Gerhard Schröder untrennbar zusammen. Sein Staatsverständnis war geprägt von der Notwendigkeit, dass der Staat Autorität ausstrahlt, Hoheit und Heiligkeit, die ihm einst Platon und Aristoteles zuschrieben. Das Gesetz des Handelns durfte seiner Meinung nach nicht der Straße überlassen bleiben, sondern verlangte eine Regierung, die durch Besonnenheit und Durchsetzungskraft beim Bürger überzeugend wirkt, Ordnung schafft und aufrecht erhält, ihn an die Demokratie bindet und ihn zum Mithandeln animiert.

Schröders Ernennung zum Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 1955 – das Amt übte er 23 Jahre bis 1978 aus – hatte seinen Ursprung darin, dass er evangelischer Christ war. Zwar übte er nie ein kirchliches Mandat als Presbyter oder Synodaler aus, dennoch war er einer der prominentesten Vertreter der Protestanten in der CDU. Ihm ging es um die geistige Haltung, die Klärung der Grundfragen, ob es in der deutschen Politik einen eigenständigen evangelischen Beitrag zu Fragen der politischen Ethik gibt. Dabei ging es um das Verhältnis von Staat und Kirche, von möglichen Grenzüberschreitungen, die es in seinen Augen nicht geben durfte.

Als ihn Bundeskanzler Adenauer am 13. Dezember 1961 als Nachfolger von Heinrich von Brentano das Amt des Bundesaußenministers antrug, waren auf den Tag genau vier Monate seit dem Mauerbau in Berlin vergangen. Noch tief saß der Schock über dieses Sinnbild der deutschen Teilung, und das Vertrauen der Westdeutschen in die Schutzmacht USA hatte einen spürbaren Dämpfer erlitten. In dieser Krise war es Gerhard Schröders Hauptanliegen, die engen Bindungen der Bundesrepublik Deutschland an die Vereinigten Staaten und das nordatlantische Bündnis intakt zu halten. Überschattet wurden diese Jahre vom Streit um die Ausrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik. Schröder überlebte politisch im Amt des Außenministers den Gründungskanzler der Bundesrepublik, weil er sich offen zu den „Atlantikern“ bekannte und von Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard freie Hand bekam, jenseits der Hallstein-Doktrin eine „Politik der Bewegung“ gegenüber den osteuropäischen Nachbarn auszuloten. Das Ergebnis war die Eröffnung der Handelsmissionen in Polen, Rumänien und Ungarn 1963 und ein Jahr später in Bulgarien sowie die Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966 mit dem Bekenntnis zur Abrüstung und dem Angebot zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Bewahrung der nordatlantischen Allianz und Neuerung im Dialog mit den osteuropäischen Staaten gehörten zu seinen Maximen. Festigkeit der eigenen Position, Standhaftigkeit in der Krise, Geduld und Ausdauer, vor allem in der Deutschlandpolitik, kennzeichneten seine Politik. Dennoch waren seine Positionen nicht immer einfach nachzuvollziehen. Obwohl er die Ratifizierung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages unterstützte, beurteilte er wie de Gaulle supranationale Bestrebungen in den Europäischen Gemeinschaften mit Skepsis. Er misstraute dem General, gleichwohl teilte er wie dieser die Meinung, die Westeuropäer bräuchten mehr Selbständigkeit und Mitsprache in der Weltpolitik.

Als Außenminister zweier Bundeskanzler war es nach dem Rücktritt von Ludwig Erhard 1966 nur natürlich, dass Schröder selbst das Amt des Regierungschefs im Blick hatte. Doch blieben ihm allerhöchste Staatsämter versagt. Bei der Vorentscheidung in der CDU/CSU-Fraktion unterlag er dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger, der über eine bessere Hausmacht verfügte und ihn als Verteidigungsminister in das Kabinett der Großen Koalition mit der SPD berief, was angesichts der parteipolitischen Machtverhältnisse nicht anders lösbar war, weil Willy Brandt das Außenministerium für sich beanspruchte. Bei der Bundespräsidentenwahl am 5. März 1969 unterlag Schröder nur knapp dem SPD-Kandidaten Gustav Heinemann, der von der FDP mitgetragen wurde. Viele Beobachter sahen Gründe für beide politischen Niederlagen in der reservierten Haltung Gerhard Schröders, aber auch in der mangelnden Unterstützung durch einflussreiche

Gruppen der eigenen Fraktion und Partei. Daher blieb auch nach dem Rücktritt Rainer Barzels im Mai 1973 seine Kandidatur um das Amt des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion gegen Karl Carstens erfolglos. Als Konsequenz aus dieser Niederlage legte er einen Monat später den stellvertretenden Parteivorsitz nieder. Dem Bundesvorstand der CDU gehörte er aber weiterhin an.

In den damaligen Diskussionen über die Ostverträge trat Schröder zwar für eine aktive Osteuropapolitik ein, lehnte aber den Grundlagenvertrag mit der DDR 1972 als „Anerkennungsdiplom“ ab. Immer wieder machte er als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages mit spektakulären Begegnungen auf sich aufmerksam. Mit seinem Namen bleibt die Wendung der bundesdeutschen Politik gegenüber der Volksrepublik China eng verbunden. Bei seinem Treffen mit Tschou En-lai im Juli 1972 ebnete er den Weg für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit, die kurze Zeit später nach Walter Scheels China-Besuch erfolgte. Auch in der bundesdeutschen Nahostpolitik preschte Schröder durch Treffen mit Ägyptens Präsident Sadat, Syriens umstrittenem Präsidenten Assad und dem Chef der PLO, Arafat, vor. Diese Beispiele zeigen schon, wie sehr ein Parlamentarier aus der Opposition heraus die bundesdeutsche Außenpolitik zu beeinflussen vermag, auch wenn ihm das anschließend den Rüffel des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes einbrachte: „Die Fraktion hätte es begrüßt“, so heißt es im Protokoll, „wenn Herr Schröder sich vor seinem Gespräch mit Herrn Arafat mit der Fraktion abgestimmt hätte“.

In Gerhard Schröder ehren wir heute einen Vertreter der ersten Generation der neuen deutschen Demokratie, die alle Tugenden der Bonner Republik in sich vereinte: Lernen aus den Fehlern der Weimarer Republik, Aufbau einer stabilen Demokratie im Innern, Bindung an die westlichen Demokratien, Zuverlässigkeit, Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien und Vertragstreue, um nur einige zu nennen. Die Bonner Republik hat Schröder maßgeblich mitgeprägt. Mehr denn je war angesichts des zerrissenen Vaterlandes, der gespaltenen Welt, Sicherheit, Standfestigkeit, Geduld und Ausdauer erforderlich, um ans Ziel zu kommen. Nachdem er 1980 aus dem Parlament ausgeschieden war, mahnte er in seiner letzten großen Rede vor dem Hohen Haus am 17. Juni 1984 einmal mehr das Ziel der Wiedervereinigung an. Den Mauerfall am 9. November 1989 hat er noch erlebt, bevor er uns in der Sylvesternacht 1989 für immer verließ.